

Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit.



Wertekonferenz der CDU Deutschlands

Berlin, 20. Februar 2006

Besser für die Menschen.



CDU

	Seite
Vorwort von Ronald Pofalla	5
Rede von Dr. Christoph Böhr	6
Rede von Dr. Angela Merkel	11
Ausschnitte aus der Podiumsdiskussion „Werte konkret – Verantwortung gelebt“	21

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

„Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ – unter diesem Titel stand der CDU-Wertekongress am 20. Februar 2006 in Berlin, der den Auftakt zur Überarbeitung des Grundsatzprogramms bildete. Dieser Tag war mit fast 1.000 Teilnehmern – Delegierten des Bundesausschusses sowie zahlreichen Gästen – und starker medialer Präsenz ein großer Erfolg für die Christlich Demokratische Union.

In einer Grundsatzrede sprach die Parteivorsitzende Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel über die Bedeutung des christlichen Menschenbildes und die daraus abgeleiteten Grundwerte der Christlich Demokratischen Union. Sie hob hervor, dass Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit einander bedingen und als Orientierungsmaßstab für die CDU Bestand hätten. Zugleich zeigte sie neue Fragestellungen auf, die die CDU beantworten müsse. Der stellvertretende Bundesvorsitzende und Vorsitzende der CDU-Wertekommission, Dr. Christoph Böhr, stellte die Ergebnisse seiner Kommissionsarbeit vor, die eine wichtige Grundlage für die Überarbeitung des Grundsatzprogramms darstellen.

Mit diesem Wertekongress hat die CDU ihren Anspruch bekräftigt, als wertgebundene Partei den Menschen Orientierung zu geben. Dieser Werteschatz unterscheidet die CDU von allen anderen Parteien.

Ziel ist es, diesen Werteschatz zu bewahren und für die Zukunft zu sichern. Deshalb überarbeitet die CDU ihr Grundsatzprogramm. Dazu gehört, die Frage zu beantworten, was es ganz konkret bedeutet, das christliche Menschenbild im 21. Jahrhundert zu leben. Dazu gehört die Frage nach der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft angesichts der Globalisierung. Denn für die CDU ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich am Besten verbindet.

Eine veränderte sicherheitspolitische Lage, die demographische Entwicklung, Konflikte zwischen Religionen und Kulturen, der Lebensschutz

am Anfang und Ende des Lebens sind weitere Stichwörter, die zeigen: Es gibt viele neue Fragen, die grundsätzlicher Überlegungen bedürfen. Dieser großen Aufgabe stellt sich die CDU.

Die CDU ist Volkspartei. Anspruch der CDU ist es, eine breite Debatte in und mit der Partei, in und mit der Gesellschaft zu führen. Um dieses Ziel zu erreichen, führt die CDU eine wichtige Neuerung in die Parteiarbeit ein: Erstmals wird die Diskussion zeitgleich in der zuständigen Kommission und allen Parteigliederungen stattfinden.

Am 25. April 2006 kommt die Grundsatzprogramm-Kommission zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Am gleichen Tag findet eine Regionalkonferenz mit Funktions- und Mandatsträgern sowie Mitgliedern statt. Insgesamt sind im April und Mai fünf Regionalkonferenzen geplant. Am 22. August 2006 folgt ein Grundsatzkongress mit Vertretern aller gesellschaftlicher Gruppen. Zum Dresdner Parteitag im November 2006 wird ein Zwischenbericht vorgestellt.

Im Jahr 2007 werden die Diskussionsergebnisse aus Partei und Gesellschaft bei einem zweiten Grundsatzkongress zusammengeführt. Danach wird die Kommission einen Programmentwurf erarbeiten, der dem Bundesvorstand der CDU zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Anschließend erfolgt eine zweite intensive Beratungsphase u.a. auf Regionalkonferenzen, die in einen Beschluss beim Bundesparteitag Ende 2007 mündet.

Die CDU freut sich auf die anstehende Diskussion. Jede und jeder ist eingeladen, dabei zu sein. Denn die CDU ist offen für alle, denen die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt.



Ronald Pofalla MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands





Rede des Vorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz und Vorsitzenden der Wertekommission der CDU Deutschlands, Dr. Christoph Böhr MdL

**Frau Bundeskanzlerin!
Liebe Angela Merkel! Meine sehr
verehrten Damen und Herren!
Liebe Freundinnen, liebe Freunde!**

An den Beginn meiner Rede will ich ganz bewusst ein herzliches Dankeschön stellen, ein Dankeschön insbesondere unserer Parteivorsitzenden Angela Merkel dafür sagen, dass sie in den letzten Wochen den Boden für eine Diskussion bereitet hat, von der ich in der Tat glaube, dass wir sie nötig haben und dass wir sie brauchen. Wir müssen uns nämlich unserer Grundlagen und unserer Grundsätze erneut vergewissern, nicht deshalb, weil da viel über Bord zu werfen wäre, sondern deshalb, meine Damen und Herren, weil sich die Welt in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten verändert hat.

Die Globalisierung schreitet voran. Viele haben das Gefühl der Hilflosigkeit, und zwar angesichts von Entwicklungen, von denen sie glauben, dass wir sie kaum noch beeinflussen können. Die Überwindung der europäischen Spaltung ist kaum vollzogen, da wird in unserem Land schon über eine neue Erweiterungsrunde der Europäischen Union diskutiert, über eine Erweiterung, die zudem den außereuropäischen Raum einbeziehen soll. Die Begegnungen der Kulturen führen immer häufiger zu Streit, einem Streit, der auch vor dem Einsatz von Gewalt nicht zurückschreckt.

Fast überall auf der ganzen Welt entdecken Menschen neu, dass ihr Bild vom Menschen und ihre Vorstellung von Gesellschaft aus religiösen Quellen gespeist werden, aus Quellen, die offenkundig auch in säkularisierten Gesellschaften nicht versiegt sind. Manche sprechen von einer Wiederkehr der Religion weltweit, und es spricht viel dafür, dass diese Feststellung zutrifft.

Liebe Freundinnen und Freunde, das alles sind Herausforderungen natürlich auch an die Politik: Herausforderungen in einem doppelten Sinne. Einerseits geht es um eine Herausforderung an die Politik im Sinne einer Gestaltungsaufgabe, die gelegentlich rasches und entschlossenes Handeln einfordert: von der Dienstleistungsrichtlinie über die Bioethik bis hin zur Frage des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union.

Diese Herausforderungen sind aber auch in einem anderen, in einem weiteren Sinne eine Aufgabe für die Politik, nämlich als Auftrag zur Selbstvergewisserung, als Anfrage auch an unser eigenes Selbstverständnis, als Auftrag, der ein gründliches und reifliches Nachdenken erfordert.

Schon diese Fragen, die ich am Anfang aufgeworfen habe, legen die Vermutung nahe, dass eben keine Gesellschaft ohne verbindliche Gemeinsamkeiten auskommt und dass es ein Irrtum war zu glauben, eine Gesellschaft erschöpfe sich im Kräfteressen und in der Mehrheitsfindung. Jede Gesellschaft braucht ein Leitbild, jede Gesellschaft braucht eine Leitkultur, wenn sie als die eine und gleiche Gesellschaft zusammengehalten werden soll.

Dieses Leitbild, diese Leitkultur beschreibt das, was uns allen wichtig ist. Sie beschreibt das, was wir alle in unserer Gesellschaft für unverzichtbar halten. Kurz, sie beschreibt das, was uns so wertvoll ist, dass wir es um keinen Preis missen wollen.

In diesem Sinne hat jede Gesellschaft eine Leitkultur und braucht auch jede Gesellschaft eine Leitkultur. Im Mittelpunkt unserer Leitkultur steht ein Menschenbild: das christliche Menschenbild, das zugleich das europäische Menschenbild ist. Ich glaube in der Tat, dass man beide Begriffe synonym verwenden kann. Das christliche Menschenbild ist zugleich das europäische Menschenbild.

Dieses Menschenbild, liebe Freundinnen und Freunde, beinhaltet eine einzige Kernaussage, nämlich die, dass jeder Mensch eine unantastbare Würde hat und dass diese Würde um jeden Preis zu schützen ist.

An diesem Bekenntnis zur Würde, das so selbstverständlich nicht ist, weder im Blick auf zurückliegende Jahrhunderte noch im Blick auf andere Kulturkreise heute, hängt alles. Dieses Bekenntnis zur Würde ist in der Tat so etwas wie der Dreh- und Angelpunkt eines Verständnisses von Politik, wie wir es uns von Anfang an zu Eigen gemacht haben. Jeder Mensch hat einen uneingeschränkten und unantastbaren Wert, ganz unabhängig von seinem Nutzen, den er für andere hat.

Weil uns das vielleicht so selbstverständlich geworden ist, machen wir uns wenig klar, was für ein revolutionärer Gedanke das im Grunde ist, übrigens auch heute noch, im Vergleich zu anderen Kulturkreisen, auch im Vergleich zu anderen religiösen Bekenntnissen. Dass jeder Mensch seinen unantastbaren Wert hat, ganz unabhängig von dem Nutzen, den er für andere besitzt, das nennen wir Würde, am Anfang und am Ende des Lebens und in jeder erdenklichen Lebenslage.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Kernaussage über die menschliche Würde steht im Mittelpunkt unseres Leitbildes, unserer Leitkultur. Sie kann, von Europa kommend, aus vielen Quellen gespeist, in das christliche Menschenbild einmündend, gar nicht anders, als einen universalen Anspruch geltend zu machen. Das ist nicht Besserwissererei, und das ist auch nicht Bevormundung anderer. Denn dieser Satz von der unantastbaren Würde des Menschen ist eben nicht nur die Frucht einer religiösen Überzeugung, sondern zugleich auch das Ergebnis der Einsicht menschlicher Vernunft. Hier, so meine ich, liegt die wirkliche Einzigartigkeit des europäischen Denkens – über die beiden Jahrtausende, in denen sich dieses Denken entwickelt hat –, dass Glaube und Vernunft nicht miteinan-

der im Streit liegen, sondern wechselseitig aufeinander verweisen und um ihre notwendige wechselseitige Zuordnung wissen. Das ist übrigens ein Gedanke, der von Joseph Ratzinger, dem heutigen Papst Benedikt XVI., gerade in den letzten Jahren bei vielfältigen Gelegenheiten immer wieder und ganz zu Recht entwickelt und erläutert wurde.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig und notwendig, dass wir unser Grundsatzprogramm auf die Höhe der Zeit bringen. Ich sage es noch einmal: nicht deshalb, weil unsere Grundlagen und unsere Grundsätze in den letzten anderthalb Jahrzehnten Schaden gelitten hätten – ganz im Gegenteil –, sondern um unsere Grundlagen und unsere Grundsätze im Blick auf die neuen Fragen, auf die neuen Herausforderungen zu diskutieren, zu erörtern und dann auch in einer geeigneten Form zur Anwendung zu bringen.

Grundsatzdiskussionen in Deutschland leiden gelegentlich – das wissen wir alle – darunter, dass sie zu sehr im Pathos der Sonntagsreden oder der Festveranstaltungen vorgetragen werden, aber dann zu selten erkennbar werden, wenn es um die Lösung von Alltagsproblemen geht. Deswegen wäre mein Vorschlag, dass wir diese Programmdiskussion ganz besonders zur Klärung der Frage nach unserem Gesellschaftsbild nutzen. Ich habe eben ein paar Bemerkungen zu unserem Menschenbild gemacht. Dieses Menschenbild, wie ich es beschrieben habe, finden Sie in unserem aktuellen Grundsatzprogramm und in einer ausführlichen Ausarbeitung der Wertekommission. Dieses Menschenbild im Blick auf Schlussfolgerungen für unser Gesellschaftsbild zu befragen, danach zu fragen, welche Folgerungen sich aus diesem Menschenbild für die Ordnung und Gestaltung unserer Gesellschaft ergeben, das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine Aufgabe, von der ich glaube, dass wir uns ihr unterziehen müssen.

Wenn wir uns dieser Aufgabe widmen, sollten wir vielleicht auch die Chance nutzen, die alten, überholten Kampflinien hinter uns zu lassen. Ich

bin fest davon überzeugt, dass wir noch zu oft über falsche Alternativen diskutieren, so, als wenn die einen liberal dächten und die anderen sozial gesonnen wären, so, als wenn es einen Gegensatz zwischen konservativem und progressivem Denken gäbe, so, als wenn unsere Partei auseinander fallen würde in die einen, die wirtschaftsnäher organisiert sind, und die anderen, die arbeitnehmerfreundlicher denken. Ich halte das für falsche Alternativen.

Ich glaube, dass es heute um eine ganz andere und ganz neue Frage geht, nämlich um die Frage, wie wir wollen, dass Gesellschaft geordnet ist, anders gesagt, welche gemeinsamen Ziele wir in unserer Gesellschaft verfolgen wollen – Ziele, von denen wir glauben, dass sie unsere soziale, unsere politische und unsere ökonomische Ordnung prägen sollen: eine Ordnung, die diesen Zielen dienen muss, und Zielen, die sich nicht durch unsere Nähe zu dieser oder jener Interessengruppe bestimmen, sondern das beschreiben, was in unserer Gesellschaft allen gemeinsam ist. Es geht um den gemeinsamen Fluchtpunkt unserer gesellschaftlichen Ordnung: eine Perspektive, die das beschreibt, was allen gemeinsam wichtig ist.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn der Begriff der Volkspartei seine Bedeutung behalten soll, dann müssen wir ihn, glaube ich, wieder so mit Leben füllen, wie er ganz am Anfang, als er ganz neu auf die politische Bühne getreten ist, verstanden wurde. Eine Volkspartei ist eine Partei, die über Gegensätze hinweg und über Interessen hinweg Brücken baut, die aber nicht nur Brücken baut, sondern auch den Ehrgeiz hat und in der Lage ist, das zu beschreiben, was in einer Gesellschaft allen gemeinsam ist. Das ist übrigens die Kernidee sozialer Marktwirtschaft: Sie rückt das in den Mittelpunkt, was alle wollen können und was allen gemeinsam ist.

Darin sehe ich unsere Aufgabe, auch in der Diskussion der nächsten beiden Jahre, für die wir uns vorgenommen haben, unser Grundsatzprogramm zu überarbeiten, es anzupassen und auf

diese neuen Fragen, von denen ich am Anfang gesprochen habe, auszurichten.

Nun weiß ich, dass es viele gibt, die Zweifel haben und fragen: Gibt es denn solche gemeinsamen Ziele in unserer Gesellschaft überhaupt noch, in einer Gesellschaft, die ohne jeden Zweifel eine säkularisierte Gesellschaft ist, eine Gesellschaft, die durch Pluralisierung und Individualisierung geprägt ist? Hat denn eine solche Gesellschaft überhaupt noch gemeinsame Ziele, hat sie überhaupt Gemeinsamkeiten, die in ihr als verlässliche Fixpunkte gelten können und gelten dürfen?

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich meine, gerade eine Gesellschaft, die den Freiheitsgewinn des Einzelnen so in den Mittelpunkt rückt, wie unsere Gesellschaft das tut – und Säkularisierung ist immer auch Freiheitsgewinn –, darf solche Fragen wie die nach dem Sinn und nach dem Wozu nicht einfach unter den Teppich kehren. Gerade in einer freiheitlichen Gesellschaft, in einer Gesellschaft, in der das Lebensgefühl vieler Menschen darauf aus ist, neue Freiheitsgewinne für sich fruchtbar zu machen, brauchen wir Maßstäbe der Beurteilung. Und Maßstäbe der Beurteilung beispielsweise politischer Entscheidungen sind ja nicht nur Werte, sondern vor allem gemeinsame Ziele.

Das aber heißt zum Beispiel, dass gerade in einer säkularisierten Gesellschaft Religion eine unverzichtbare soziale und auch politische Bedeutung hat. Gerade in einer säkularisierten Gesellschaft ist nicht nur nach dem Eigenwert von Religion zu fragen, sondern immer wieder auch nach der sozialen und der politischen Bedeutung, die sie – die Religion – besitzt; denn Religion berührt unser Selbstverständnis als Menschen existenziell und bezieht sich damit auf das, was allein eine freiheitliche Gesellschaft zusammenhält, nämlich ein gemeinsames Menschenbild.

Ich glaube, dass der einzig verfügbare Fixpunkt für eine freiheitliche Gesellschaft ein gemeinsames, von möglichst vielen, von möglichst allen geteiltes Menschenbild ist. Dieses Menschen-

bild, das wir das christliche, das wir das europäische nennen, stellt aber keine Ausgrenzung dar; es ist vielmehr eine Einladung. Deswegen gilt, dass derjenige, der in unserer Kultur und unter Berufung auf unser Menschenbild Schutz sucht, diese Kultur weder in seinen inneren Überzeugungen noch in seinem äußeren Tun bekämpfen darf. Im Gegenteil: Wir müssen erwarten können, dass er sich diesem Menschenbild zuwendet und sich für die Kultur öffnet, die von diesem Menschenbild geprägt ist. In ihm findet jede freiheitliche Politik ihren Fluchtpunkt und ihren Maßstab.

Liebe Freundinnen und Freunde, das hat weit reichende Folgen. Die will ich in ein paar Fragen kleiden. Ich möchte andeuten, wie die Folgen aus meiner Sicht zu beschreiben sind. Die Frage ist, was wir einem Menschen sagen, der in die Dauerarbeitslosigkeit gefallen ist und dem irgendwann bewusst wird, dass ihm eine Rückkehr ins Erwerbsleben möglicherweise nicht mehr offen steht, der das Gefühl hat, dass die Gesellschaft ihn nicht mehr braucht, der irgendwann glaubt, in dieser, in unserer Gesellschaft nutzlos zu sein. Ich meine, wir müssen uns selbst fragen, ob sich unsere Antwort auf diese Fragen darin erschöpft, dass wir ihn auf Hartz IV verweisen und ihm empfehlen, sich ehrenamtlich zu betätigen, wenn ein Arbeitsplatz für ihn in immer weitere Ferne rückt und eine Rückkehr ins Erwerbsleben nicht mehr möglich erscheint. Ich halte das, ganz offen gesagt, für keine zulängliche Antwort.

Wenn von Schlussfolgerungen aus diesem Menschenbild und aus der Kultur, die von diesem christlichen Menschenbild geprägt ist, die Rede ist, drängt sich natürlich die Frage auf, ob wir nicht ernsthaft nach Wegen suchen müssen, wie wir in die Erwerbsgesellschaft zurückkehren können. Viele bestreiten heute, dass es diese Wege gibt. Viele meinen, wir müssten uns auf lange Zeit, möglicherweise auf alle Ewigkeit mit vielen Millionen Arbeitslosen abfinden. Aber jemand, der dem christlichen Menschenbild verpflichtet ist, kann sich damit nicht einfach abfin-

den. Er muss nach diesen Wegen suchen, wie wir in die Erwerbsgesellschaft zurückkehren können. Er muss auch nach Wegen suchen, wie endlich Bildung und Ausbildung so ernst genommen werden, wie sie ernst genommen zu werden verdienen. Wenn es stimmt, dass Gerechtigkeit heute mehr denn je etwas anderes ist als Verteilungsgerechtigkeit – und ich denke, das stimmt –, dann ist die Schlüsselfrage für Beteiligungsgerechtigkeit im 21. Jahrhundert die Qualität von Bildung und Ausbildung. Müssen wir da nicht ein Bild von Gesellschaft entwerfen, in der jeder Mann und jede Frau wirklich gebraucht werden, in der niemand das Gefühl haben muss, nutzlos zu sein, sei es als Jüngerer, sei es als Älterer? Auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes entwerfen wir ein Bild von Gesellschaft, in der jeder gebraucht wird, in der jeder weiß: Kein Mensch hat es verdient, abgeschrieben zu werden.

Uns stellt sich die Aufgabe, auf dieses Bild hin den Weg zu beschreiben, der uns in kleineren und größeren Schritten diesem Ziel näher bringt. Das ist die Aufgabe nicht nur eines Wahlprogramms, sondern auch eines Grundsatzprogramms.

Liebe Freundinnen und Freunde, das christliche Menschenbild hat auch in der säkularisierten Gesellschaft nicht ausgedient. Im Augenblick nicht so sehr im Schwange, aber bis vor kurzem noch sehr beliebt war die These, dass in einer säkularisierten Gesellschaft das christliche Menschenbild eigentlich keinen Platz mehr hat. Ich bin ganz anderer Meinung. Ich glaube, dass gerade in der säkularisierten Gesellschaft das christliche Menschenbild eine herausragende Bedeutung besitzt, weil es eben nicht Hemmschuh, sondern vielmehr Antrieb für die Lösung der politischen Gestaltungsaufgaben im 21. Jahrhundert ist und bleibt. Gerade für die säkularisierte Gesellschaft hat das christliche Menschenbild eine unverzichtbare Bedeutung: als Maßstab für das, was der Politik eine Richtung gibt.

Die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, das ist eine spannende Diskussion. Und so sehr ich am

Anfang gesagt habe, dass wir vieles in unserem gegenwärtigen Grundsatzprogramm überhaupt nicht auf den Prüfstand stellen müssen, geschweige denn über Bord gehen lassen dürfen, weil es von bleibender Gültigkeit ist, so sehr ergibt sich aus dieser Feststellung, dass das, was dann übrig bleibt, eben mehr ist als nur eine Korrektur an den Ornamenten dieses Programms. Es geht dann schon um zentrale, um entscheidende Fragen.

Das christliche Menschenbild ist der Kern unserer Leitkultur, und es ist nach meiner Einschätzung heute weit wichtiger als zu einer Zeit, in der alles selbstverständlich erschien. Übrigens sage ich das im Blick auf Erfahrungen, die wir alle in den zurückliegenden Monaten gemacht haben. Denn ein Menschenbild ist auch unverzichtbar, um der Politik eine innere Schlüssigkeit zu geben, eine Schlüssigkeit, die sie braucht, wenn sie nicht den Launen des Tages ausgeliefert sein will, und die sie genauso braucht, wenn sie sich den Bürgerinnen und Bürgern verständlich machen will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage nach den Werten, die in diesen Tagen besonders oft gestellt wird, ist im Kern die Frage nach den Menschen. Dessen war sich die Union von Anfang an sicher, seit den ersten Tagen ihrer Gründung. Was das im Alltag bedeutet, von Mal zu Mal und immer wieder, das neu zu erörtern ist die Aufgabe, die wir uns, einer Anregung von Angela Merkel folgend, vornehmen wollen. Das wird eine spannende Aufgabe. Wir müssen uns dieser Aufgabe zuwenden, damit Politik wieder verlässlich und verständlich ist. Ich freue mich auf diese Diskussion und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

Lieber Christoph Böhr! Liebe Freunde! Liebe Gäste!

Lieber Christoph Böhr – das gilt natürlich auch für alle Mitglieder der Wertekommission –, vielen Dank für Deine Einführung, für Deine Arbeit in den vergangenen Jahren, die uns immer wieder daran erinnert hat, dass Politik im Einzelfall, im konkreten Fall letztlich nur gestaltet werden kann, wenn wir über ein Fundament verfügen, das uns deutlich macht: Was leitet uns? Wo kommen wir her? Meine Damen und Herren, wir sind gemeinsam zu der Überzeugung gekommen, dass es notwendig ist, wieder über ein Grundsatzprogramm zu diskutieren, allerdings nicht mit dem Ziel, alles zu verwerfen, was wir früher programmatisch erarbeitet haben. Wir werden vielmehr bewahren, was bewahrt werden muss, was sich bewährt hat.

Wir sind zu der Überzeugung gekommen, unser Grundsatzprogramm von 1994 in weiten Teilen zu überarbeiten, weil wir feststellen mussten, dass wir auf eine ganze Reihe von Fragen keine schlüssigen Antworten haben. Wenn wir uns fragen, vor welchen Herausforderungen wir stehen und auf welchen Gebieten wir mit Fragestellungen konfrontiert werden – es ist frappierend, festzustellen, wie sich die Welt verändert hat, wenn wir uns das Grundsatzprogramm von 1994 einmal anschauen –, können wir erstens konstatieren, dass wir vor völlig neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen. Zweitens wollen wir die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft sichern. Wir fühlen aber, dass sich die Rahmenbedingungen durch die Globalisierung verändert haben und die Akzeptanz dessen, was uns über Jahre als Erfolgsmodell diente, nicht mehr in dem Maße vorhanden ist, wie es über viele Jahre und Jahrzehnte der Fall war.

Ich möchte auf das Thema der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zuerst ein-

gehen. Mit dem Fall des Eisernen Vorhanges schien für eine ganz kurze Zeit die neue Demokratie eine Zeit des Friedens zu bringen. Die alten Bedrohungen aus der Zeit des Kalten Krieges wurden zur Vergangenheit. Glasnost und Perestroika verdrängten düstere Klischees. Die heutigen Herausforderungen können wir mit ganz wenigen Schlagworten skizzieren. So leugnet der iranische Präsident den Holocaust auf unsägliche Weise. Er will Israel von der Landkarte ausradieren. Ein Blick in das Grundsatzprogramm von 1994 zeigt uns, dass wir das Existenzrecht Israels damals in gar keiner Weise erwähnt haben. Ich glaube, darüber müssen wir angesichts der neuen Problemlage nachdenken, wenn wir uns dem außenpolitischen Teil zuwenden. Das kann so nicht sein.

Wir wissen, dass der weltweite Terrorismus völlig neue Anforderungen an uns stellt. Innere und Äußere Sicherheit sind längst nicht mehr so wie früher voneinander zu trennen. Der weltweite Terrorismus ist nicht eine Angelegenheit von Ländern, die weit weg von uns liegen. Auch Deutsche sind Opfer von Terrorismus geworden; ich denke hier etwa an die in Djerba ums Leben gekommenen Menschen. Wir wissen, dass die terroristische Bedrohung auch in Europa eine reale Bedrohung ist.

Wir wissen aber auch, dass wir zu komplizierten Diskussionen gelangen, wenn wir nach den Ursachen der Bedrohung fragen, wenn wir fragen, wie wir unsere offenen Gesellschaften schützen, und zwar so, dass diese trotzdem offen bleiben. Gerade das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Luftsicherheitsgesetz in der letzten Woche hat gezeigt, mit welcher komplizierten Zusammenhängen wir uns auseinandersetzen müssen. Wir erleben plötzlich, dass Grundwerte wie z. B. die Pressefreiheit in ein Spannungsfeld ganz neuen und bisher nicht gekannten Ausmaßes



z. B. mit der Religionsfreiheit geraten. Wir haben darüber im Zusammenhang mit christlichen Symbolen diskutiert, derzeit wird es anderswo aber auch in ganz anderem Zusammenhang diskutiert.

Mit Sicherheit ist der Satz, wonach Gewalt keine Antwort auf Karikaturen ist, unverrückbar. Das ist vollkommen klar. Ob wir aber allein mit dieser Antwort durchkommen oder ob wir nicht vielleicht ein bisschen mehr über die Gefühle anderer wissen müssen, werden wir zu besprechen haben. Wir werden dann sehr schnell zu der Frage kommen: Was wissen wir über uns, was wissen wir über andere? Erst dann ist ein Dialog möglich.

Ich will es an dieser Stelle mit diesen Anmerkungen bewenden lassen. Ich könnte jetzt noch vieles über die Europäische Union sagen, etwa über Fragen wie diese: Wie wollen wir dort die Zuständigkeiten regeln? Was ist unser Werteverständnis von Europa? Wohin wollen wir? Auch diese Fragen werden viele Debatten auslösen, zumal die Skepsis über Europa in einem Maße gewachsen ist, wie wir es in der Geschichte der Christlich Demokratischen Union noch nicht erlebt haben. Wir erleben heute, dass es – obwohl es natürlich richtig bleibt – nicht mehr ausreicht, Europa einfach nur damit zu begründen, dass Europa ein Friedenswerk war. Das war es. Für die, die jetzt viele Jahrzehnte im Frieden leben, reicht es aber nicht aus, daraus alle Begründungen für die heutige Gestalt der Europäischen Union abzuleiten.

Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir es nicht schaffen, eine positive Begründung für die Europäische Union – und zwar in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger – zu finden, wird die Akzeptanz Europas nicht aufrechtzuerhalten sein. Zugleich bin ich der festen Überzeugung, wir werden uns in einer globalen Welt mit unseren Werten mit Sicherheit nicht behaupten können, wenn wir das als einzelne Nationalstaaten versuchen wollten. Dazu bedarf es des europäischen Zusammenschlusses.

Ein zweiter Punkt in unserer sehr intensiven Grundsatzprogrammdebatte wird die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft sein. Meine Damen und Herren, die Soziale Marktwirtschaft war über Jahrzehnte, insbesondere in der alten Bundesrepublik, Garant für eine freiheitliche, gerechte und solidarische Gesellschaftsordnung. Sie ist nicht einfach ein Wirtschaftsmodell, sondern ein Gesellschaftsmodell. Sie hat den Menschen ein Stück Sicherheit gegeben. Diese Sicherheit ist heute nicht mehr in dem Maße wie zuvor vorhanden. Es gibt sehr viele Fragen, und es gibt auch Ängste. Diese Ängste, die aus der Globalisierung erwachsen, können wir nicht irgendwie beiseite drücken. Wir können also nicht einfach sagen: Es ist in einer globalisierten Welt nun einmal so. Vielmehr müssen wir uns mit diesen Ängsten befassen. Genauso müssen wir aber auch herausarbeiten, worin die Chancen der Globalisierung liegen.

Auch ein Land wie Deutschland, das immer vom wirtschaftlichen Export gelebt hat und das auch heute in der Europäischen Union nachweisbar von einer vertieften europäischen Zusammenarbeit profitiert, muss sich mit der Frage befassen: Wie kommen wir mit der Situation klar, dass die Arbeitslosigkeit nicht sinkt, dass sie z. B. für eine Million junge Menschen heute bedeutet, über viele Jahre nach dem Verlassen der Schule nicht die Erfahrung eines regulären Arbeitslebens mit all den gesellschaftlichen Möglichkeiten wie der Familiengründung oder eines regelmäßigen Lebensablaufes machen zu können?

Natürlich fragen die Menschen: Kann Politik angesichts der wirtschaftlichen globalen Abläufe überhaupt noch etwas gestalten? Wir werden mit der Diskussion über das Grundsatzprogramm den Beweis liefern müssen, dass wir ein Konzept dafür haben, mit dem die Soziale Marktwirtschaft auch in Zeiten der Globalisierung in einem anderen institutionellen Rahmen – nämlich einem globalen Rahmen – eine Chance hat. Meine Damen und Herren, ich habe deshalb immer wieder – dafür wurde ich nicht immer geliebt – von der Neuen Sozialen Marktwirtschaft

gesprochen. Ich habe diesen Begriff nicht deshalb verwendet, um die Werte der Sozialen Marktwirtschaft aufzugeben. Ich habe ihn einzig und allein verwendet, um darauf hinzuweisen, dass der Rahmen, in dem Ludwig Erhard gedacht hat und denken musste, ein anderer war als der Rahmen, in dem wir heute denken müssen.

Wir gelangen dann an einen Punkt, an dem sich außen- und entwicklungspolitisches Denken und das Nachdenken über die Soziale Marktwirtschaft treffen. Über viele Jahre haben wir Entwicklungshilfepolitik betrieben und uns für Freiheit und Menschenrechte in vielen Bereichen der Welt eingesetzt. Heute sind einige der Akteure, denen wir früher geholfen haben, unsere Wettbewerber geworden. Nun kommen wir natürlich an den Punkt, an dem wir uns fragen müssen: Entspricht es unserem christlichen Menschenbild, wenn wir für uns natürlich alles an positiver Entwicklung für Wohlstand und Sicherheit in Anspruch nehmen wollen und uns gleichzeitig heute erst einmal auf uns selbst konzentrieren wollen, aber nicht so recht mit viel Konkurrenz, Wettbewerb, Mitbewerbern umzugehen wissen? Oder schaffen wir es zu sagen: Diese neue Konkurrenz ist doch genau das, was wir wollen? Wir wollten doch nicht nur uns, sondern auch andere gute Lebensmöglichkeiten geben.

Wir werden mit Sicherheit zu der Erfahrung kommen – das ist auch nichts Neues in dem Prozess des Nachdenkens über die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland –, dass Wettbewerb auch heute eines Ordnungsrahmens bedarf. Es wird nicht gehen, dass man das geistige Eigentum weltweit einfach nicht schützt, dass jeder Raubbau an dem betreiben kann, was z. B. unsere Stärke in Deutschland ist, nämlich innovativ zu sein. Wenn weltweit keine rechtlichen Regelungen gefunden werden, um geistiges Eigentum zu schützen, dann steht das für mich nicht in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Mitteln der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb werden auch wir für einen Ordnungsrahmen eintreten müssen, der erkennen lässt, wie mit der gewachsenen internationalen Dimension der So-

zialen Marktwirtschaft umgegangen wird und wo sie dort eines Ordnungsrahmens bedarf. Die Europäische Union und damit auch wir in Deutschland müssen Vorreiter für eine internationale Ordnung sein, angesichts derer wir deutlich machen können, dass es gerecht zugeht und jeder die gleichen Chancen auf Entwicklung hat. Das wird viel Arbeit und viel Kraft erfordern.

Meine Damen und Herren, auch unsere Prioritätenlisten werden Änderungen erfahren. Ich stelle mir vor, dass eine Diskussion über unser Grundgesetzprogramm nicht mit einem Sammelsurium dessen endet, was man alles tun müsste. Wir müssen uns vielmehr miteinander auch darüber verständigen, was am wichtigsten ist. Wir verschwenden heute für vergleichsweise nachgeordnete Dinge relativ viel Zeit, manchmal vielleicht auch deshalb, weil wir Angst davor haben, welche großen und noch nicht durchdachten Fragen wir durchdenken müssen. Die Beschäftigung mit nicht vorrangigen Dingen darf aber kein Ersatz dafür sein, dass wir auf die eigentlich bedrückenden Fragen keine Antwort haben. Die 27. Novelle zu irgendeiner Verordnung muss vielleicht ein Stück schneller erarbeitet werden, damit noch Zeit dafür vorhanden ist, um z. B. über einen internationalen Ordnungsrahmen nachzudenken, der letztlich darüber entscheidet, ob Millionen von Menschen in Deutschland und im Übrigen auch anderswo eine Chance haben.

Das vorletzte Grundgesetzprogramm reichte von 1978 bis 1994. In diesen Zeitraum fiel die Deutsche Einheit. Jetzt haben wir schon einen Zeitabstand von gut elf Jahren erreicht. Ich plädiere hier nicht dafür, dass das nächste Grundgesetzprogramm nach dem Abschluss unseres jetzigen Prozesses im Jahre 2007 dann schon nach weiteren fünf Jahren kommen muss. Wir erleben im Übrigen auch, dass ein echtes historisches Ereignis, wie es die Deutsche Einheit war, nicht sofort für die Erstellung eines auf lange Zeit angelegten Grundgesetzprogramms erfasst werden kann. Damals waren wir voll auf die Deutsche Einheit konzentriert. Sie war die Erfüllung christlich-demokratischen Gedankenguts. Damals konnten wir

aber noch nicht so klar sehen, dass das Ende des Kalten Krieges nicht nur für uns Deutsche einfach die Deutsche Einheit gebracht hat, sondern dass dies zu einer umfassenden Zeitenwende weit über Europa hinaus führen würde. Diese Veränderung war möglich geworden durch ökonomische und technologische Veränderungen wie das Internet und den freien Austausch von Informationen. Das war nach meiner festen Überzeugung eine qualitativ neue Stufe unseres Lebens in Deutschland, Europa und der Welt. Das, was sich Ende der 80er-Jahre ereignet hat, können wir heute in einem breiteren Kontext sehen als damals. Das heißt nicht, dass das, was wir über die Deutsche Einheit gesagt haben, falsch ist. Es heißt im Übrigen auch nicht, dass die Deutsche Einheit schon vollendet ist. Auch diesbezüglich dauern Entwicklungen länger, als wir es uns vorgestellt haben. Wir können heute aber auch sagen – das sollte uns manchmal etwas Mut geben, wenn wir über uns und unsere Erfolge sprechen –: Außerhalb Deutschlands schaut man auf das, was wir im Rahmen der Deutschen Einheit geschafft haben, mit größtem Respekt. Viele fragen: Wie konntet ihr das schaffen, aus unterschiedlichen historischen Zusammenhängen kommend, in Ostdeutschland und Westdeutschland im Kalten Krieg, auf der einen Seite und auf der anderen Seite lebend? Sicherlich wird manchmal auch nicht gesehen, wie viele enge Beziehungen es zwischen den beiden Deutschlands gab. Für viele ist das deutsche Beispiel eine Hoffnung, dass diejenigen, die heute noch auf der Schattenseite leben, auch den Sprung hin zu mehr Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Auch das sollten wir uns immer wieder vor Augen führen.

Aber natürlich müssen wir auch selber bestehen können und dazu folgende Fragen beantworten: Was muss bewahrt werden? Was muss erneuert werden? Goethe hat so schön gesagt: Was du erbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen. Er hat nicht gesagt „nimm es“, sondern „erwirb es“. Das heißt: Tu etwas dafür! Darüber müssen wir reden: Was muss von dem, was wir ererbt haben, wieder erworben werden und was muss neu gedacht werden?

Für die Christlich Demokratische Union sind die Grundüberzeugungen klar. Diese Überzeugungen sind für mich unverrückbar. Unsere Union hat christlich-soziale, liberale und konservative Wurzeln. Maßstab – das hat Christoph Böhr eben dargestellt – ist und bleibt das christliche Menschenbild. Es setzt der Politik Ziele, es setzt ihr vor allen Dingen aber auch Grenzen. Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge. Der Mensch hat vielmehr den Auftrag, die Welt nach menschlichem Maß zu gestalten. Das christliche Menschenbild ist eine Absage an jedwede Ideologie. Es beinhaltet eine sehr reale Betrachtung der Welt, eine Betrachtung auch in Demut vor den Endlichkeiten des Menschen. Es beinhaltet vor allen Dingen, dass nach unserem Verständnis jeder Mensch von Gott gewollt ist, und zwar in all seiner Unterschiedlichkeit. Es ist mit Sicherheit nicht gottgewollt, Menschen durch politisches Handeln gleichzumachen. Vielmehr ist es Aufgabe politischen Handelns, Menschen sich entfalten zu lassen.

Wir haben uns viele Jahre intensiv mit der Frage nach dem Anfang des Lebens auseinander gesetzt. Das wird auch so bleiben. Nun ist in einer nicht gekannten Dimension auch die Frage nach dem Ende des Lebens hinzugetreten. Es geht dabei um die Tatsache, dass der Tod Teil des menschlichen Lebens ist und dass er nicht verdrängt werden darf. Hinzugekommen sind auch die Fragestellungen, die sich aus der Bioethik und den durch sie eröffneten völlig neuen Möglichkeiten ergeben. Diese Diskussion haben wir noch nicht bis zu Ende geführt. In dieser Diskussion werden zum Teil auch sehr unterschiedliche Positionen vertreten. Dies stellen wir fest, wenn wir Betroffene treffen oder diejenigen, die darüber richten. Selbst unter denen, die Krankheiten haben und auf Heilung hoffen, gibt es sehr unterschiedliche Positionen hinsichtlich dessen, wie man hier Grenzen zieht. Die CDU wird aber als Partei – auch das wird mühsam werden; ich finde, wir sollten dabei alle Stimmen zu Wort kommen lassen und nicht untereinander schon wieder mit Bezeichnungen arbeiten, bevor wir mit der Diskussion überhaupt begonnen haben –

für ihre Mitglieder, für ihre Anhänger und für alle Bürgerinnen und Bürger sagen müssen, was wir wollen und wohin wir wollen. An manchen Stellen gibt es dann keine Grauzone, sondern es gibt nur Ja oder Nein. Dies wird dann abgestimmt werden müssen. Dazu müssen wir uns positionieren.

Das heißt, mit einem hohlen Bekenntnis zum christlichen Menschenbild kämen wir nicht durch. Dieses Bekenntnis muss vielmehr ausgefüllt werden. Wenn es ausgefüllt wird, kommen wir zu unserem Verständnis von den Grundwerten.

Es ist ja interessant, dass es in Deutschland keine Debatte darüber gibt, dass Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit unsere Grundwerte sind. Das eint uns z. B. auch mit der anderen großen Volkspartei. Es ist aber klar, dass diese Grundwerte miteinander in einem Spannungsverhältnis stehen. Deshalb ist das Verständnis dieser Grundwerte zwischen den beiden großen Volksparteien mit Sicherheit nicht dasselbe. Ich sage zugleich aber, dass auch wir Bedarf an Diskussion über das Verständnis der Grundwerte haben.

Ich glaube, der umstrittenste Grundwert – so nehme ich jedenfalls manche Debatte wahr – ist im Augenblick der Wert der Freiheit. Die Deutsche Einheit im Jahre 1989 war der Sieg der Freiheit über die Diktatur. Nun stellt man plötzlich fest, dass das Leben mit der Freiheit ein Verständnis von Freiheit beinhaltet. Freiheit ist nicht einfach das Gegenteil von Unfreiheit. Unfreiheit kann man relativ einfach beschreiben. Was aber verstehen wir unter Freiheit? Wenn wir an Freiheit gedacht haben, haben wir immer – so wurde es heute auch schon gesagt – an das Bild von verantworteter Freiheit gedacht. Das muss so bleiben. Dieses Bild beschreibt die Freiheit für etwas und nicht das, was viel einfacher ist, nämlich die Freiheit von etwas, also die Freiheit, etwas nicht zu tun. Über dieses Verständnis von Freiheit müssen wir intensiv diskutieren. Freiheit und Bindung sind nach unserem Verständnis zwei Seiten ein und derselben Medaille. Das ergibt sich im Übrigen aus dem christlichen Men-

schensbild. Ein im luftleeren Raum stehender Freiheitsbegriff ohne den Bezug auf das christliche Menschenbild kann zu völlig anderen Ergebnissen kommen. Das ist nicht unser Verständnis von Freiheit. Das müssen wir deutlich machen. Mir geht die öffentliche Debatte teilweise zu sehr in die Richtung, Freiheit sei einfach Beliebigkeit; jeder könne tun und lassen, was er wolle. Das ist niemals der Freiheitsbegriff der Christlich Demokratischen Union.

Wenn man nach den Ordnungsprinzipien unseres Freiheitsverständnisses fragt, gelangt man immer wieder zu dem Begriff Subsidiarität, der bis heute leider keine allgemeine Verbreitung unter den 80 Millionen Deutschen gefunden hat. Das ist schade, weil das Prinzip der Subsidiarität sehr viel darüber aussagt, was wir im Rahmen des christlichen Menschenbildes dem Einzelnen zutrauen. Wir sagen, dass Freiheit etwas mit Verantwortung – Verantwortung für mich, Verantwortung für meinen Gegenüber – zu tun hat, aber wir sagen auch, dass das nicht reicht. Bestimmte Entscheidungen müssen immer wieder auf verschiedenen Ebenen getroffen werden. Es gibt dabei aber eine Regel: Wenn eine Entscheidung näher am Menschen, auf der unteren Ebene getroffen werden kann, darf sich die obere Ebene nicht einmischen. Das Gegenteil von Subsidiarität ist Zentralismus. Dass dies im konkreten Fall zu präzisen Fragestellungen führt, ist natürlich klar. Wenn ich mit DGB-Chef Sommer über betriebliche Bündnisse für Arbeit debattiere, sage ich: Subsidiarität führt mich dazu, dass solche Bündnisse möglich sein müssen. Herr Sommer erwidert dann: Wir sind jetzt genau an dem Punkt, an dem verantwortete Freiheit nicht mehr gelebt werden kann, weil nur die Ebene darüber die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirklich sichern kann. – Die Debatte wird weitergehen. Die Fragen werden wiederum nicht einfach beantwortet werden können. Wir werden vielmehr Farbe bekennen müssen. Je nachdem, wie das jeweilige Freiheitsverständnis ist, ergeben sich Auswirkungen auf die Wechselbeziehungen zu den anderen Grundwerten, z. B. zum Grundwert der Gerechtigkeit.

Eine zweite Frage, die mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig ist, führt uns dazu zu klären, wie wir über Wettbewerb denken. Ist Wettbewerb etwas Schlechtes? Wo muss dem Wettbewerb Einhalt geboten werden? Wo muss darauf hingewirkt werden, dass Wettbewerb überhaupt noch möglich ist? Es gibt ja beide Tendenzen, entweder die Wahrnehmung eines unmenschlichen, harten Wettbewerbs oder umgekehrt Monopolisierungen, gegen die ebenfalls eingeschritten werden muss.

Wettbewerb gilt nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. Der Gedanke des Wettbewerbs verbunden mit dem christlichen Menschenbild ist ein grundsätzlich sehr interessanter Gedanke. Die Marktwirtschaft – über den sozialen Ausgleich habe ich noch gar nicht gesprochen – ist eine großartige Errungenschaft, weil aufgrund der unantastbaren Würde jedes einzelnen Menschen jeder Mensch das gleiche Recht hat, mit einem anderen Menschen in Wettbewerb zu treten. So hat er z. B. das Recht, Produkte zu produzieren, sie auf dem Markt anzubieten und zu den gleichen Bedingungen zu verkaufen. Wenn wir einmal an die antiken Gesellschaften denken, stellen wir fest, dass es keinesfalls klar war, dass alle Menschen den gleichen Zugang zum Markt hatten. Dieser Zugang ist also ein Gut an sich.

Wettbewerb ist aber nicht nur wirtschaftlich zu sehen. Ich glaube, wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren einen sehr interessanten Prozess durchlaufen. Wir haben uns z. B. im Bildungsbereich für mehr Wettbewerb entschieden. Das war eine spannende Diskussion, die ohne die Christlich Demokratische Union zu völlig anderen Ergebnissen geführt hätte. Die Bundesregierung hätte zehn Eliteuniversitäten ausgesucht und hinterher nur noch eine Art Pro-forma-Begutachtung vorgenommen. Jetzt hat der Wettstreit der Ministerpräsidenten – er wurde von den Wissenschaftsorganisationen nicht immer mit Beifall bedacht – zu einem Verfahren für Wettbewerb nach Leistung geführt. Bei diesem Verfahren kommt nun plötzlich heraus, dass alle, die ei-

gentlich glaubten, sie seien im Prinzip gleich, doch nicht gleich sind. Jetzt gibt es ein großes Erschrecken. Es wird gesagt, das sei eine Bevorzugung des Südens. Es ist jedoch keine Bevorzugung des Südens, sondern erst einmal nur eine Bewahrheitung der Vermutung, dass diejenigen, die sich nach dem humboldtschen Universitätsprinzip alle gleich fühlten, nicht alle gleich sind.

Jetzt kommen wir an den Punkt, wo wir überlegen müssen, ob wir es zulassen können, dass die Spanne zwischen Süden und Norden sowie Osten und Westen immer größer wird. Dieses Problem wird aber natürlich nicht dadurch aufgelöst, indem es zugedeckt wird und die Dinge gar nicht benannt werden. Das Problem kann vielmehr nur gelöst werden, wenn es genau angeschaut wird.

Genauso werden wir über den Wettbewerbsföderalismus weiter streiten. Das haben wir bei der Föderalismusreform gerade erlebt. Vielleicht wird der Streit sich sogar noch verschärfen. Was kann ein Land allein? Welche Freiheiten brauchen die Länder? Wo muss die Bundesebene eingreifen? Das Schlimmste ist – so viel haben wir allerdings gelernt –, wenn man diese Fragen gar nicht beantwortet. Wenn man alles im Dunkeln lässt, glauben die Menschen zum Schluss an gar nichts mehr. Deshalb ist das klare Bekenntnis zu Kompetenzen auch ein Teil des Wettbewerbs.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Freiheit sprechen, denken wir an die Freiheit für etwas, z. B. für mehr Arbeit. Es ist hier heute schon gesagt worden – ich will es nicht im Einzelnen wiederholen: Wir können und dürfen uns, falls wir für eine Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft eintreten, mit 5 Millionen Arbeitslosen nicht abfinden. Wir können uns auch nicht damit abfinden, dass jeder Zweite im Alter von über 55 Jahren keinen Arbeitsplatz mehr hat, und gleichzeitig mit freudigen Augen erklären, dass die Lebenserwartung immer höher wird und die Älteren immer fitter sind. Es gab wahrscheinlich noch nie eine Gesellschaft in Deutschland, die die Erfahrung – und Erfahrung ist ein Wert – von Älteren so an den Rand der Gesellschaft stellt

und so wenig abruf, wie es derzeit der Fall ist. Das kann für eine langfristige nachhaltige Entwicklung nicht gut gehen. Deshalb müssen wir bei diesem Punkt umdenken.

Wenn wir über neue Gerechtigkeit sprechen, hat das auch etwas damit zu tun, dass die Lobby verschiedener Gruppen in unserer Gesellschaft unterschiedlich stark ist. Die Lobby der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist immer noch eine stärkere als die Lobby derer, die arbeitslos sind. Es kann nicht sein, dass die einen relativ gut vertreten werden und die anderen sozusagen in die vergleichsweise anonyme Verantwortung des Staates gepackt werden und gesagt wird, dass diese uns nicht interessieren. Jeder Mensch hat seine eine unveräußerliche Würde. Das gilt für Arbeitslose und Erwerbstätige gleichermaßen. Weil das so ist, können und dürfen wir uns mit dem gegenwärtigen Zustand nicht abfinden.

Freiheit für Arbeit ist nach unserem Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft untrennbar mit der Freiheit, etwas unternehmen zu können, verbunden. Unternehmer sind Menschen, die sich in das Risiko begeben, ein Produkt zu ersinnen, für das sie Kunden finden müssen. Das ist natürlich ein großes Risiko. Ich selber war nie Unternehmerin. Manchmal überlege ich mir, wo ich eigentlich anfangen würde, wenn ich Unternehmerin werden wollte oder müsste. Dann wird mir bewusst, mit welchem Risiko Unternehmer leben und welche ständige Veränderungsnotwendigkeit es gibt. In Zeiten, in denen die Innovationszyklen immer kürzer werden, wird von den Unternehmern natürlich erwartet, dass sie beizeiten Entscheidungen fällen. Es wird im Übrigen auch Konfliktfähigkeit erwartet. Vielleicht ist es eines der Probleme Deutschlands, dass manche durchgreifende Entscheidung wegen eines vermeintlich vorher schnell gefundenen Konsenses am Ende schließlich zu spät getroffen wurde und es so zu viel, viel schlimmeren Auswirkungen gekommen ist, als sie sich ergeben hätten, wenn die Entscheidung zu einem früheren Zeitpunkt getroffen worden wäre. Denn Konsens ist auch kein Wert an sich, wenn es um die Zukunft von Arbeit geht.

Meine Damen und Herren, zur verantworteten Freiheit gehört natürlich auch die Freiheit zu Familie und zu Kindern. Die CDU ist immer Anwalt der Wahlfreiheit gewesen. Mit Blick auf eine nicht überwältigende Geldsumme von vermuteten 460 Millionen Euro an geringeren Steuereinnahmen des Bundesfinanzministers – gemessen an dem, was alles schon an falschen Prognosen abgegeben wurde, ist das eine wirklich überschaubare Größe – sind wir wieder in eine Grundsatzdebatte über die Wahlfreiheit geraten. Diese Grundsatzdebatte wird, so schwant mir, fortgesetzt werden. Es ist auch gut, dass sie fortgesetzt wird, weil es dazu innerhalb der Gesellschaft sehr unterschiedliche Betrachtungen gibt. Einigermaßen einheitlich urteilen alle darüber, dass unsere Gesellschaft nicht ausreichend kinderfreundlich ist. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn wir in die Geschichte der Menschheit als eine Gesellschaft eingehen wollen, die menschlich ist, dann muss sich zur Freundlichkeit Kindern gegenüber etwas ändern. Es reicht nicht aus, dass man mit Produkten erfolgreich war; es muss etwas für Kinder passieren.

Aber dann stoßen die Dinge schon aufeinander. Es entbrennt der Streit, wo die Grenze zwischen Toleranz und Wahlfreiheit ist und welche konkreten politischen Maßnahmen wir brauchen. Heute habe ich in diesem Zusammenhang nur eine Bitte: Vermuten Sie beim Gegenüber nicht immer das Schlimmste.

Manchmal habe ich den Eindruck: Diese Debatte wird mit großen Emotionen geführt, weil die allermeisten ja auch etwas von ihr verstehen, und dann zieht sich manch einer still aus ihr zurück und sagt: Ich lebe jetzt einfach einmal mein Leben und kümmere mich ordentlich um meine Kinder. Das darf auch nicht das Ende sein! Denn jeder hat gute Gründe einzubringen, warum er die Dinge so oder so sieht. Deshalb mache ich dazu heute keine weiteren konkreten Bemerkungen. Spätestens beim Elterngeld wird uns die Sache wieder einholen.

Meine Damen und Herren, Freiheit gibt es mit Sicherheit nicht – und damit komme ich zum

nächsten Begriff –, wenn nicht jedem Teilhabechancen eingeräumt werden. Wer keine Teilhabechancen hat, kann seine Freiheit überhaupt nicht leben. Deshalb ist die Gerechtigkeit ein weiterer Grundwert. Was ist gerecht? Über Gerechtigkeit sagen viele: Es ist heute halt so, dass in Deutschland die soziale Herkunft der Eltern, jedenfalls im statistischen Mittel, den Bildungserfolg der Kinder bestimmt. Ich glaube nicht, dass das gerecht ist, jedenfalls nicht, wenn wir über gleiche Ausgangschancen und Teilhabechancen reden.

Die Frage ist: Was müssen wir bewahren, und was müssen wir verändern? Nehmen wir die Ergebnisse der Industriegesellschaft, die Sozialversicherung, die Mitbestimmung, die Betriebsverfassung, die Tarifautonomie. Natürlich verändern sich die Dinge in einer Welt, in der wir von einer Industriegesellschaft zu einer Wissensgesellschaft, zu einer Dienstleistungsgesellschaft übergehen. 50 Jahre Erfolge der Arbeitnehmerschaft haben dazu geführt, dass der einzelne Arbeitnehmer so gebildet ist, wie er am Anfang der Bundesrepublik Deutschland natürlich nicht sein konnte. Auf der anderen Seite fühlt er sich aber durch den internationalen Wettbewerb so ohnmächtig, wie er sich vorher vielleicht auch nie gefühlt hat. Das sind zwei Dinge, die wieder in eine Balance gebracht werden müssen.

Das Empfinden, dass die Soziale Marktwirtschaft gerecht ist, war für die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung ein großes Pfund. Wir müssen uns jedoch damit auseinandersetzen, dass es heute nur noch eine Minderheit gibt, die das so sieht. Das Misstrauen in die Soziale Marktwirtschaft ist in Ostdeutschland noch stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Nur noch eine Minderheit empfindet die Soziale Marktwirtschaft als gerecht. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wird aus meiner Sicht auf Dauer nicht überleben, wenn nicht wieder ein breites Empfinden von Gerechtigkeit hergestellt wird.

Die Soziale Marktwirtschaft war seinerzeit als gerecht empfunden worden, weil man den Ein-

druck hatte, Kapital und Arbeit mit ihrem immanenten Widerspruch seien in eine vernünftige Balance gebracht worden. Diese Balance ist durch die internationalen Herausforderungen aus dem Lot geraten. Es gibt heute Gewinne und Renditen, für die viele kein Verständnis haben, weil sie gleichzeitig ihren Arbeitsplatz verlieren. Früher ging es, wenn es einem Betrieb gut ging, auch dem Arbeitnehmer gut. Das ist heute leider so nicht mehr wahr. Deshalb werden wir darüber reden müssen, was gerecht ist, welche Situationen im Leben einer Gesellschaft vertretbar sind und wer wofür eintreten muss? Wir haben scharfe Debatten über unsere sozialen Sicherungssysteme geführt, und ich sage an dieser Stelle ganz ruhig: Ich kann mir nicht vorstellen, dass Solidarität und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft aufrechterhalten werden können, wenn wir nur im Rahmen von Beitragsbemessungsgrenzen und Versicherungspflichtgrenzen argumentieren. Es wird in unserer Gesellschaft Bereiche geben, in denen Gerechtigkeit und Solidarität nur gelebt werden können, wenn jeder mit seinem ganzen Einkommen dafür einsteht, sprich: über das Steuersystem.

Wir werden dann darüber nachdenken müssen, dass es für uns auf der einen Seite ganz selbstverständlich ist, wenn die Schulbildung aus dem Steuersäckel bezahlt wird, die Infrastruktur und ihr Ausbau ebenso. Wie aber ist es mit der Gesundheit? Sie ist doch vielleicht das Gut, für das der Einzelne ganz allein am allerwenigsten eintreten kann, abgesehen von denen, die wirklich viel verdienen. Warum also ausgerechnet die Gesundheit nicht über dieses solidarische Prinzip finanziert werden kann, das wird – das prognostiziere ich einfach – in 20 Jahren kein Thema mehr sein, und dann bin ich zufrieden. Aber bis dahin haben wir noch einen weiten Weg, das weiß ich.

Meine Damen und Herren, wir brauchen Chancengerechtigkeit, wir brauchen Leistungsgerechtigkeit, und wir brauchen Generationengerechtigkeit. Über Generationengerechtigkeit zu reden, das wird vielleicht einer der schwierigsten

Punkte sein, denn die Mehrheitsverhältnisse – allein wenn ich mir das Alter der Mitgliedschaft der Christlich Demokratischen Union anschau – gestalten sich relativ eindeutig zugunsten der Älteren. Das muss nicht schlecht sein. Wenn wir aber Volkspartei und generationengerecht sein wollen, müssen wir entweder mehr junge Leute überzeugen, bei uns Mitglied zu werden, oder wir müssen lernen, für die Jüngeren mitzudenken. Das gelingt bei denen, die Kinder und Enkel haben, immer noch recht gut. Der demografische Wandel in unserer Gesellschaft bringt uns aber in den nächsten 10 bis 20 Jahren in eine Lage, wo immer weniger da sein werden, die das wirklich in der eigenen Familie erleben.

Daraus wird eine große Aufgabe für uns alle erwachsen. Denn Generationengerechtigkeit betrifft nicht nur die – auch wirklich wichtigen – Themen der Rentenhöhe und der Staatsverschuldung, sondern auch die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Wir müssen sehen, dass Gesellschaften, die ein Übergewicht des höheren Alters haben – ich sage das ganz neutral –, Gesellschaften mit viel Erfahrung sind, aber eher weniger Innovationskraft. Auch das muss in eine Balance gebracht werden. So wie wir heute die Erfahrung der Älteren nicht ausreichend achten, achten wir meiner Meinung nach auch nicht ausreichend darauf, dass die Innovationskraft der Jungen wirklich zum Durchbruch kommt.

Das wird ein Problem nicht nur Deutschlands, sondern Europas, daran wird sich der Erfolg unserer Gesellschaften entscheiden.

Nun, meine Damen und Herren, zur Solidarität. Freiheit und Solidarität, das sind für uns nicht unüberwindbare Gegensätze, weil wir aus verantworteter Freiheit denken, weil wir aus der Freiheit zu etwas denken. Der Philosoph Blaise Pascal hat auf eine meines Erachtens wunderbare und doch fast paradoxe Weise formuliert, dass der Mensch den Menschen unendlich übersteigt. Das heißt, dass wir die Fähigkeit besitzen, aus der Ichbezogenheit in die Gemeinschaft hinein zu denken. Es ist hier über die Leitkultur ge-

sprochen worden. Wir wissen, dass das Gemeinsame, das Gesamte, dass Europa und unsere eigene Nation immer auch ein Denken über den Einzelnen hinaus erfordern. Wir müssen ein Land bleiben, in dem Solidarität ohne die Frage nach dem materiellen Vorteil gelebt wird. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine völlige Materialisierung geraten; denn damit hätten wir keine Fähigkeit zur Solidarität mehr.

Die Fähigkeit zur Solidarität ist vielleicht eine der wichtigsten patriotischen Fähigkeiten. Wir wollen ja über Patriotismus diskutieren. Wir tun es auf ganz unterschiedliche Art. Die Leitkulturdebatte ist ein Beitrag dazu. Der unbedingte Wille, dass Solidarität nicht irgendein nachgeordneter Grundwert ist, sondern einer, der mit Freiheit und Gerechtigkeit auf einer Ebene steht, ist die Voraussetzung für den Zusammenhalt zum Beispiel einer Nation. Das ist meine feste Überzeugung. Wenn das nicht mehr da ist, wenn Nord gegen Süd steht, Ost gegen West, wenn die eine Kommune gegen die andere steht und das zum ausschließlichen oder auch nur dominierenden Prinzip wird, dann gibt es keinen nationalen Zusammenhalt. Deswegen, meine Damen und Herren, gewinnt die Solidarität an Bedeutung.

Es wird unsere Aufgabe sein, für Deutschland herauszuarbeiten, was für ein Land wir uns vorstellen: ein Land, das kreativ ist, ein Land, das seine Verantwortung in der Welt übernimmt, ein Land, das seinen Beitrag zur Stabilität in der Welt leistet, zum einen – das sage ich ganz klar – aus eigenem Interesse, denn den Konflikten dieser Erde werden wir nicht entgehen können. Der Karikaturenstreit hat uns viel gelehrt, etwa dass es heute eben nicht mehr den eigenen Raum gibt, in dem wir abgeschottet von anderen unsere eigenen kulturellen Vorlieben pflegen können. Wir sind nicht allein auf dieser Welt, und diesen Zustand können wir in absehbaren Zeiträumen auch nicht mehr erreichen.

Also müssen wir schauen, wie wir unser Land im 21. Jahrhundert weiterentwickeln, und wir müs-

sen dabei das herauskristallisieren, was wir auf keinen Fall aufgeben wollen. Denn auch das ist ein Defizit, das ich manchmal im Dialog der Kulturen sehe: Wenn wir mit anderen sprechen, tun wir das nicht mit ausreichendem Selbstbewusstsein, weil wir nicht abschließend sagen, wofür wir denn wirklich eintreten würden.

Es gibt Dinge, die unstrittig sind. Unstrittig ist z. B., dass die Integration zu befördern ist und wir eine gemeinsame Sprache haben. Wenn es aber darum geht, wie wir es mit dem Wert der Freiheit halten, wie viel wir für die Solidarität tun, wie wichtig uns unsere Auffassung von Gerechtigkeit ist, dann wird es schon schwieriger. Ich sage im Übrigen, dass es uns gut tun würde – auch das sollten wir im Rahmen der Debatte über das Grundsatzprogramm bedenken –, wenn wir mit Menschen aus anderen Regionen dieser Erde über unsere Grundwerte sprechen. Schon eine Debatte mit den Vertretern der orthodoxen Kirche Russlands ist sehr aufschlussreich. Wir, die wir meinen, dass unsere Grundwerte unverrückbar seien, sollten uns durchaus einmal von anderen den Spiegel vorhalten lassen. Denn es ist nicht so, dass alle außerhalb Deutschlands finden, dass es bei uns besonders gerecht und solidarisch zugeht. Unsere Freiheit ist für Menschen aus anderen Ländern, wie sie uns wahrnehmen – ich sage nicht, dass das richtig ist; ich stelle nur dar, wie die Wahrnehmung ist –, nicht die Freiheit aus Verantwortung und die Freiheit zu etwas, sondern eine sehr individualistisch ausgebildete Freiheit. Das heißt, es wird der Christlich Demokratischen Union nicht schaden, wenn sie sich in Zeiten der Globalisierung auch einmal die Meinung anderer über unser Leben anhört.

Da ich zutiefst davon überzeugt bin, dass unsere Wurzeln im christlichen Menschenbild fundiert und richtig sind, bin ich ebenso überzeugt, dass wir in jeder dieser Diskussionen bestehen können und im Übrigen aus jeder dieser Diskussionen etwas lernen, etwas gewinnen können. Weil das so ist, freue ich mich auf die Zeit der Debatte über das Grundsatzprogramm.

Meine Bitte ist: Lasst uns, da wir Mitglieder einer Partei sind, so weit gut übereinander denken, dass wir den anderen nun wirklich nicht als völligen Unsinn redenden Kumpanen definieren, sondern lasst uns überlegen, ob in seinen Argumenten nicht zumindest ein Fünkchen Wahrheit enthalten sein könnte. Es wäre schön, wenn das der Geist wäre, in dem die Grundsatzprogrammdebatte stattfindet. Denn stattfinden muss sie. – Herzlichen Dank!

Ausschnitte aus der Podiumsdiskussion „Werte konkret – Verantwortung gelebt“

Teilnehmer:

Professor Dr. Dr. Karl Homann

Professor für Philosophie und Wirtschaftsethik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München

Dr. Patrick Adenauer

Präsident der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer e.V. (ASU)

Bischof Dr. Wolfgang Huber

Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschland, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Nina Ruge

Moderatorin und Unicef-Repräsentantin

Moderation:

Ulrich Reitz

Chefredakteur „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“

Bei der Podiumsdiskussion „Werte konkret – Verantwortung gelebt“ diskutierten die Teilnehmer vor allem über Gerechtigkeit unter dem Aspekt der unterschiedlichen Teilhabechancen von Menschen in der Einen Welt.

Warum kann der Heilige Martin heute kein Vorbild mehr sein? Mit dieser Frage ging Moderator Ulrich Reitz auf eine frühere Aussage von Professor Homann ein, die dieser sogleich erklärte: Ein vormoderner Mensch wie der Heilige Martin könne seiner Meinung nach für die Menschen in der globalisierten Weltgesellschaft kein Vorbild mehr sein. Anstatt seinen Mantel zu teilen, würde er heute eine Mantelfabrik bauen und dem Bettler Arbeit geben, damit er sich selbst einen Mantel kaufen könne. Dem widersprach Bischof Huber. Am Beispiel des Kältebusses, der nachts durch Berlin fahre und Obdachlose vor dem Er-

frieren bewahre, zeige sich, wie wichtig immer noch die unmittelbare zwischenmenschliche Hilfe von Angesicht zu Angesicht sei. Dennoch sei es richtig, an die Ursachen heranzugehen und sich zu fragen, wie verhindert werden könne, dass so viele Menschen obdachlos sind.

Professor Homann verwies darauf, dass gut gemeinte Hilfe oft nur das Gegenteil bewirke. So hätten z. B. Lebensmittellieferungen in Entwicklungsländer die örtlichen Strukturen in der Landwirtschaft zerstört. Im Ergebnis seien die Menschen dadurch von Lieferungen aus den Industrienationen abhängig geworden.

Einig waren sich Homann und Huber bei der Bewertung der protektionistischen Marktabschottung seitens der Europäer und der USA. Laut Homann zeigt sich hier die „gespaltene Moral“ des Westens, der von anderen die Öffnung ihrer Märkte verlange und gleichzeitig seine eigenen Grenzen abschotte. Ohne eine Öffnung der Grenzen für Produkte der Entwicklungsländer könnten sie jedoch weder ihre Schulden bezahlen noch Reformperspektiven entwickeln.

Bischof Huber mahnte, anstatt immer nur zu fragen, was uns die Globalisierung antue, müssten wir auch umgekehrt fragen, „was wir mit der Globalisierung anderen antun“. Es gehe dabei nicht nur um das Problem, dass bei uns die Soziale Marktwirtschaft nicht mehr als gerecht angesehen werde, sondern auch um das Problem, dass Globalisierung mit dem Hauptakteur Bundesrepublik Deutschland in anderen Ländern ein Feindbild darstelle. Die weltweiten Auswirkungen unseres Handelns müssten wir deshalb stets mit im Blick haben, so Huber.

Eine Bresche für die kleinen und mittleren Unternehmer in Deutschland schlug Patrick Adenauer. Gerade in Familienunternehmen werde sehr verantwortlich mit den Beschäftigten umgegangen,

insbesondere wenn es um das Thema Arbeitsplatzsicherheit gehe. Auch werde die Frage der Kommunikation immer wichtiger. So könne ein Mitarbeiter den Eigentümer in einem kleineren Betrieb noch persönlich sprechen. Dies führe dazu, dass der Unternehmensführer authentischer sei und stärker aus Verantwortung heraus handle. Nicht mehr nachvollziehen könne Adenauer dagegen, wenn in einigen Firmen die Unternehmensführung versage und „gigantische Fehler“ mache, so dass Aktionärskapital vernichtet würde und am Ende die Arbeitnehmer den Preis mit ihrer Entlassung bezahlen müssten.

Die unentgeltliche Arbeit und das persönliche Engagement würden in den nächsten zehn Jahren eine immer größere Rolle spielen, sagte Nina Ruge voraus. Ausdrücklich würdigte sie, dass sich bereits heute jeder dritte Deutsche ehrenamtlich engagiere. Angesichts einer zunehmenden Zahl pflegebedürftiger Menschen könne dieser freiwillige Dienst am Mitmenschen nicht hoch genug eingeschätzt werden, zumal der Staat diese Aufgabe allein nicht mehr schultern könne. Vor diesem Hintergrund sollte das Ehrenamt stärker anerkannt und in Zukunft noch ausgebaut werden.

Gegen Ende der Diskussion lenkte Moderator Ulrich Reitz die Aufmerksamkeit auf das Thema Bildung: Kaum ein anderes Bildungssystem schreibe den sozialen Status so fest wie das deutsche System. Das zeige sich unter anderem daran, dass nur jeder achte Student aus einem Nichtakademikerhaushalt komme. Professor Homann betonte in diesem Zusammenhang den Aspekt des Gemeinwohls: Die Gesellschaft müsse ein massives Interesse daran haben, dass alle Bildungsreserven mobilisiert würden. Dies käme sowohl dem Einzelnen als auch der Gesellschaft zugute. Die Aufgabe des Staates sei es, eine Rahmenordnung dafür zu erstellen, dass jeder Einzelne seine individuellen Fähigkeiten voll entwickeln könne.

Das amerikanische System der Förderung von Begabung und Eliten könne für Deutschland

eine „gute Messlatte“ sein, sagte Patrick Adenauer. In den USA sei die Quote der Kinder aus Arbeiterhaushalten, die akademische Abschlüsse machten, doppelt so hoch wie in Deutschland. Den Universitäten und Bildungseinrichtungen hierzulande mehr Freiheit zu geben – wie dies zurzeit angestrebt würde –, hält Adenauer für den richtigen Weg.

Bischof Huber lobte die Zivilcourage der Leiterin der Herbert-Hoover-Realschule in Berlin, die gemeinsam mit Eltern, Lehrern und Schülern dafür gesorgt habe, dass auf dem Schulhof ausschließlich Deutsch gesprochen werde. Es sei schließlich ein „universales Prinzip“, dass Menschen die auf Dauer in einem Land leben wollten, imstande sein müssten, sich in der Sprache dieses Landes zu verständigen.

Außerdem sprach sich Huber dafür aus, mit dem Ausgleich der Bildungschancen für Kinder aus bildungsfernen Familien so früh wie möglich zu beginnen. Kindergärten sollten deshalb nicht als Betreuungseinrichtungen, sondern als Bildungsorte bezeichnet werden.

Zugleich hielt Huber es für dringend notwendig, gebührenfreie Kindergärten einzuführen. Demgegenüber war Patrick Adenauer dafür, bei den Kindergartengebühren nach der Bedürftigkeit zu verfahren. Eltern, die sich die Beiträge leisten könnten, sollten diese ruhig zahlen. Mit einer Einschränkung stimmte dem auch Professor Homann zu: Es dürfe dabei keine neue Bürokratie aufgebaut werden. Er schlug deshalb vor, für Kindergartengebühren den Höchststeuersatz anzusetzen. Einig waren sich jedoch alle darin, dass die Förderung im Kindergartenalter von großer Bedeutung für die Bildung sei.

**Die Wertekonferenz zum Anhören:
Unter www.wertekonferenz.cdu.de
hören Sie Ausschnitte aus der Rede
von Angela Merkel und der Podiumsdiskussion.**



Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de | ??/0306 | Bestell-Nummer: ????